



Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Herr Sigmar Gabriel, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin beim
Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Frau Brigitte Zypries, MdB
Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

Stuttgart / München / Bremen, 06.07.2016

Gemeinsames Positionspapier für die nächste ESA-Ministerratstagung

Sehr geehrter Herr Bundesminister,
sehr geehrte Frau Parlamentarische Staatssekretärin,

Baden-Württemberg, Bayern und Bremen sind die drei Bundesländer mit den wichtigsten deutschen Raumfahrt-Standorten. Deshalb haben diese drei Länder bereits im Vorfeld der ESA-Ministerratstagungen von 2012 und 2014 gemeinsam Empfehlungen zu den geplanten ESA-Programm-Entscheidungen erarbeitet. Auch zur anstehenden Ministerratstagung im Dezember 2016 in Luzern sprechen die drei Länder wieder gemeinsam Empfehlungen aus, die in der Anlage zusammengestellt sind.

Die Ministerpräsidenten der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Bremen unterstützen die Aufrechterhaltung der Eigenständigkeit der ESA bei gleichzeitiger Stärkung der Kooperation mit der EU. Sie fordern von der Bundesregierung eine Fortschreibung der deutschen ESA-Mittel auf dem aktuellen Niveau von 2016, um die Kontinuität der Entscheidungen der letzten ESA-Ministerratstagungen mit Blick auf Wissenschaft, Infrastrukturen und Anwendungen zu gewährleisten. Gleichzeitig sollen damit Spielräume zur Absicherung der deutschen Interessen im Weltraum geschaffen werden. Nur so entstehen Zukunftsperspektiven für die deutsche Raumfahrt mit der notwendigen Planungssicherheit für Unternehmen und Forschungsinstitute.

Ein gleichlautendes Schreiben haben die Regierungschefs unserer Länder an Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel versandt.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut



Ilse Aigner



Martin Günthner

Anlage:

Empfehlungen der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Bremen zur deutschen Positionierung auf der ESA Ministerratstagung 2016



Empfehlungen der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Bremen zur deutschen Positionierung auf der ESA Ministerratstagung 2016

Die Raumfahrtaktivitäten Europas tragen substantiell zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Eigenständigkeit im internationalen Umfeld bei. Sie dienen unter anderem der Förderung von Exzellenz in Wissenschaft und Forschung, der weltumspannenden Kommunikation, der Beobachtung von Umweltveränderungen, der Mobilität von Menschen und Waren sowie der Organisation öffentlicher Sicherheit. Dies wird erreicht durch die Entwicklung neuer Technologien und Verfahren, die auch in anderen Hochtechnologiebranchen Anwendung finden. Damit ist die Raumfahrt ein unverzichtbarer Faktor zur Sicherung unserer Zukunft und ein unentbehrliches Instrument für das Wohlergehen unserer Gesellschaft.

Auf der letzten **Ministerratstagung der Europäischen Weltraumorganisation ESA** im Dezember 2014 wurden richtungsweisende Entscheidungen zugunsten eines unabhängigen europäischen Zugangs zum All und der bemannten Raumfahrt getroffen. Mit dem Beschluss zur Entwicklung der Ariane 6 wurde die Basis für eine international wettbewerbsfähige Trägerrakete unter starker Beteiligung der deutschen Industrie geschaffen. Mit der ebenfalls signifikanten Beteiligung an der Internationalen Raumstation ISS wurde die Bedeutung der astronautischen Raumfahrt verbunden mit der Forschung in Schwerelosigkeit in Deutschland untermauert. Die beispiellose politische Unterstützung der Belange von deutscher Industrie und Forschung in der Bundesrepublik verdient in diesem Zusammenhang besondere Würdigung.

Baden-Württemberg, Bayern und Bremen haben als die drei Bundesländer mit den weitreichendsten Raumfahrtaktivitäten bereits zur Nationalen Raumfahrtstrategie in 2010 sowie zu den ESA Ministerratstagungen in 2012 und 2014 im Vorfeld gemeinsam Empfehlungen erarbeitet. Zur anstehenden Ministerratstagung im Dezember 2016 sprechen sie gemeinsam nachstehende Empfehlungen aus:

Die **Zusammenarbeit zwischen ESA und Europäischer Union** zeigt bei den Programmen Galileo und Copernicus nennenswerte Erfolge. Zur Sicherung einer weiterhin erfolgreichen Kooperation sollte eine gemeinsame europäische Raumfahrtstrategie entwickelt werden, die

zukünftige Programmschwerpunkte und ein klares Rollenverständnis der Partner festlegt. Die Rollenverteilung zwischen der EU-Kommission, der ESA und der europäischen Galileo Agentur GSA muss in diesem Rahmen ebenfalls klar definiert werden, wobei für alle Beteiligten der Erhalt der Eigenständigkeit der ESA unabdingbar ist.

Die weltweit fortschreitende **Kommerzialisierung der Raumfahrt** ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der nationalen Raumfahrt im globalen Wettbewerb. Europa als wesentlicher Teilnehmer am weltweiten Raumfahrtgeschäft ist gefordert, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen und diese aktiv zu gestalten. Der ESA fällt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Die administrativen und industriepolitischen Maßnahmen der ESA und ihrer Mitgliedstaaten müssen den neuen Herausforderungen angepasst werden und neue kommerzielle Potenziale intensiv gefördert werden. Die Übertragung von mehr Entwicklungsverantwortung auf die Industrie war ein erster wichtiger Schritt, der konsequent weiter umgesetzt und dem Marktgeschehen angepasst werden muss. Eine Folge hiervon wird in der Zukunft auch eine Anpassung von ESA und deren Spielregeln an die Projekte sein.

Durch **Technologietransfer** konnten in den vergangenen Jahren neue Anwendungen und tausende neue Arbeitsplätze im Hochtechnologiebereich bei einer gleichzeitigen Steigerung der öffentlichen Akzeptanz der Raumfahrt geschaffen werden. Durch begleitende Unterstützungsmaßnahmen der ESA konnte das umfangreiche Know-how der Raumfahrt zum Technologietransfer und zur Gründung junger Unternehmen erfolgreich eingesetzt werden. Die ESA sollte in Kooperation mit den Mitgliedstaaten und der EU diesen Technologietransfer weiter ausbauen und eine wesentliche Steigerung der Maßnahmen unter Einbeziehung der Raumfahrtindustrie und der Forschung verwirklichen.

Das **Wissenschaftsprogramm der ESA** verzeichnete in den vergangenen Jahren herausragende Missionsergebnisse mit weltweit höchster Wertschätzung – wie zum Beispiel bei der Rosetta-Mission. Die anstehende Entscheidung für eine weitere Mehrjahresperiode des Wissenschaftsprogramms im allgemeinen Haushalt der ESA sollte die hervorragende Qualität des Programms durch eine moderate Steigerung der Mittel für die Wissenschaft honorieren.

Weiterhin gilt es, im Bereich der **Trägerraketen** die Beschlüsse der letzten Ministerratstagung konsequent umzusetzen und die Produktionsbegleitungs- und Technologieentwicklungsprogramme mit einer adäquaten Ausstattung zu versehen. Zudem sollte die nunmehr enge Verknüpfung von Ariane 6 und Vega zu einer verstärkten deutschen Vega-Beteiligung führen. Ebenso sollte die erfolgte Übertragung von Entwicklungsverantwortung auf einen industriellen Hauptverantwortlichen durch eine angepasste Administration und eine zielgerichtete Industriepolitik bei gleichzeitig effizienter Fortschrittskontrolle durch die ESA weiter ausgebaut werden. Dabei ist insbesondere die kosteneffiziente Optimierung der Zulieferprozesse sowie des Testbetriebs zu gewährleisten. Für zukünftige Trägersysteme verschiedener Größenordnung sind neue Technologien und neue Maßnahmen zur verbesserten Kommerzi-

alisierung zu entwickeln, wobei sich Deutschland substantiell an diesen Untersuchungen beteiligen sollte. Alle Planungen und Entwicklungen müssen schlussendlich ein konkurrenzfähiges Produkt zur Folge haben.

Alle Partner der **Internationalen Raumstation ISS** mit Ausnahme Europas haben eine Fortsetzung des ISS-Betriebes bis 2024 beschlossen. Entscheidungen wie bei der letzten Ministerratskonferenz über nur zwei Jahre sind sowohl aus Kostengründen und vor allem für eine erfolgreiche Nutzung wenig hilfreich. Deutschland ist ein wesentlicher Teilnehmer an der ISS und sollte daher den Weiterbetrieb durch kosteneffiziente Betriebsszenarien und durch die Ausgestaltung der Kooperationspflichten gegenüber den USA sicherstellen. Für die Zeit nach der Raumstation müssen bereits heute Zukunftsvarianten für Forschung unter Weltraumbedingungen näher in Betracht gezogen werden. Eine effektive Nutzung vorhandener und neuer Experimentiersysteme und die gezielte Unterstützung der weltweiten Explorationsprogramme sind mit einzuplanen. Dabei sollten Kooperationen mit den USA, Russland und neuen Raumfahrtationen neu definiert und gestärkt werden, wobei das europäische Know How zu berücksichtigen ist.

Zur **Weiterentwicklung von Galileo** sollte Deutschland die Initiative ergreifen und die Führungsrolle beim erfolgreichen Bau der Satelliten behaupten und bei der Ausgestaltung der nächsten Generation der Satelliten unter Berücksichtigung der nationalen Kompetenzen sowohl gegenüber der ESA als auch der EU übernehmen. Dies gilt auch für die dazugehörigen Bodensysteme und für die Programm-Ausweitung nach Afrika.

Analog zur Satellitennavigation sollte sich Deutschland verstärkt an der Definition der nächsten Generation der Erdbeobachtungssatelliten und an der Weiterentwicklung des **Copernicus Programms** unter Berücksichtigung neuer Technologien und Anwendungen beteiligen. Dem ESA Forschungsprogramm zur Erdbeobachtung und auch der wissenschaftlichen Nutzung der Copernicus-Daten kommen hierbei eine besondere Bedeutung zu. Deutschland sollte sich für eine Stärkung der Earth Explorer Missionen einsetzen und eine Klimagas-Mission unterstützen.

Im Bereich der **Satellitenkommunikation** sollte Deutschland den Aufbau von nationaler Systemkompetenz forcieren und seine Führungsrolle bei Subsystemen und Geräten weiter ausbauen, und sich zukünftig verstärkt in den einzelnen Sparten des ESA **Telekommunikations-Programms** engagieren, um hier Zukunftsentwicklungen substantiell zu unterstützen.

Satelliten leisten als weltraumgestützte Informationsquellen einen erheblichen Beitrag zur inneren **Sicherheit, Friedenssicherung und Krisenbewältigung**. Darüber hinaus bringen die stetig ansteigenden Einsatzmöglichkeiten von Satelliten als Kommunikations-, Navigations-, und Beobachtungsmittel einen essentiellen Beitrag für unsere Gesellschaft und unsere Industrie. Deshalb sind Programme zum Schutz dieser kritischen Infrastrukturen mit größerer Priorität als bisher zu behandeln und finanziell auszustatten. Weiterhin ist der steigenden

Bedeutung von Klimaforschung und humanitären Anwendungen wie Migration und demographischer Wandel in den Wissenschafts- und Technologietransferprogrammen Rechnung zu tragen.

Ebenso ist zu berücksichtigen, dass Deutschland im Bereich der robotischen **Exploration** bereits eine Führungsrolle besitzt, die durch entsprechende Beteiligungen Deutschlands bei den Robotik-Programmen auch in Zukunft abgesichert und ausgebaut werden sollte. Insbesondere bei den Maßnahmen zur Vermeidung und zur Beseitigung von Weltraum-Müll sowie bei den neuen Vorbereitungsprogrammen zur Asteroidenabwehr sollte eine maßgebliche deutsche Beteiligung unter Berücksichtigung der nationalen Kompetenzen sichergestellt werden. Beide Themen haben eine globale Dimension und haben eine wesentliche Bedeutung für den Schutz der Bevölkerung.

Zusammenfassend sprechen sich Baden-Württemberg, Bayern und Bremen gegenüber der Bundesregierung prioritär dafür aus, die Aufrechterhaltung der Eigenständigkeit der ESA bei gleichzeitiger Stärkung der Kooperation mit der EU zu unterstützen. Durch eine Fortschreibung der deutschen ESA-Mittel auf dem aktuellen Niveau von 2016 sollen die Kontinuität der getroffenen Entscheidungen der letzten ESA Ministerratskonferenzen mit Blick auf Wissenschaft, Infrastrukturen und Anwendungen gewährleistet bleiben und die erforderlichen Spielräume geschaffen werden zur Absicherung der deutschen Interessen im Weltraum. Nur so entstehen Zukunftsperspektiven mit der notwendigen Planungssicherheit für die Raumfahrtunternehmen und die Forschungsinstitute.

Stuttgart / München / Bremen, 06.07.2016